

schement Ostenburg befinden sich beim Erzherzog. Die Ostenburg Garnison ist Sonntag früh zur Verklärung der Truppen des Erzherzogs abgegangen. In Ostenburg sind nur 500 Gendarmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgelassen. Die Stärke der Truppen des Erzherzogs beläuft sich auf ungefähr drei Divisionen. In Begleitung des Erzherzogs befand sich neben dem Oberst Ostenburg auch der Oberst Lehar-Budapest. Die Garnison von Raab ist durch Ueberraschung dazu gebracht worden, dem König den Treueid zu leisten. Das Raaber Infanterieregiment ist verfassungstreu geblieben. Die westungarischen Insurgenten haben der ungarischen Regierung ihre unerschütterliche Treue versichert.

Das ungarische Telegraphen-Büro meldet nichtamtlich: Als die Regierungstruppen zum Angriff übergingen, erschien Feldmarschallleutnant Hegedues als Parlamentarier der Parteien bei der Regierung zwecks Anbahnung von Verhandlungen. Diese scheiterten jedoch, da die Regierung an ihrem ursprünglichen Standpunkte festhielt. Hegedues kehrte darauf zum Erzherzog zurück. Der Sonntagabend nachmittags von der ungarischen Regierung nach Raab entsandte Kultusminister B. A. H., der in Begleitung verschiedener Herren die von der Entente der ungarischen Regierung übermittelte Note zur Kenntnis des Erzherzogs bringen sollte, wurde vom Erzherzog nicht empfangen. Die Mitteilung wurde von Rakoczy entgegengenommen. Die Erklärung soll jedoch auf den Erzherzog und seine Begleiter keinen Eindruck gemacht haben.

Reichsdeputierter Gortis begab sich Sonntag früh, um sich von den getroffenen Maßnahmen persönlich zu überzeugen, zu den Truppen, die das Ostenburg Militär abgehalten haben. Die verläutelt rücken bei Raab Truppen in unbekannter Stärke unter Führung des Oberleutnants Geras vor und greifen Ostenburgs Truppen im Rücken an.

Ungeklärte Lage.

Das tschechoslowakische Pressebüro meldet aus Preßburg: Um drei Uhr nachmittags wird aus Budapest gemeldet: Die Schatzkammer bei Budapest zwischen den beiden Parteien darunter bis 11 Uhr vormittags, worauf ein Waffenstillstand eintrat. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Der Ministerpräsident in Budapest dankte bis 11 Uhr. Ueber das Ergebnis künftiger Verhandlungen ist die Ansicht der Verhandlungen über den Waffenstillstand haben sich Ostenburgs Truppen um ein 10 Km. zurückgezogen. Inzwischen habe sich die Lage der Regierungstruppen verschlimmert. Die Ankunft des Erzherzogs wird jeden Augenblick erwartet. Es verbreitet sich das Gerücht, daß die tschechoslowakische Republik sich im Kriegszustand mit Ungarn befinde. Auf der Donau kreuzen französische Monitore. Die Stadt hat noch ein ruhiges Aussehen. In der Öffentlichkeit herrscht völlige Ungeklärtheit.

Das Kabinett König Karls.

Der frühere König Karl hat folgendes Ministerium ernannt: Rakoczy Präsident und Justiz, Andrássy Außenminister, General Schnerker Krieg, Dr. Gray Finanzen, General Hegedues wurde zum Oberkommandierenden ernannt.

Die Stimmung in Oesterreich.

Bei Besprechung der Ereignisse in Ungarn weist die Wiener „Neue Freie Presse“ auf die unruhige Stimmung, die im Parlament und in der Bevölkerung herrschen. Hin. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß Oesterreich vorläufig nicht bedroht und eine Änderung seiner Verfassung und eine Umwälzung nicht zu befürchten sei. Laut Staatskorrespondenz berichtete Bundeskanzler Schober in einem vorgestern abgehaltenen Ministerrat über die im Zusammenhang mit der Ankunft des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn getroffenen Maßnahmen. Danach wird die Regierung jedem Veruche, die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oesterreich zu stören, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Die „Arbeiterzeitung“ sowie die Reichsparteileitung der großdeutschen Volkspartei veröffentlichten in der deutsch-österreichischen Tageszeitung Aufrufe an die Parteigenossen, in denen unter Entwerfung auf die Gefährdung der Republik zum Eintritt in die Reichswehr aufgefordert wird, die nicht einmal über die im Vertrag von St. Germain vorgesehenen Befugnisse verfügt. Wie eine Zeitungskorrespondenz aus Innsbruck meldet, sind im Zusammenhang mit der Anwesenheit des vormaligen Kaisers Karl in Ungarn zur Vermeidung eines monarchistischen Aufschwunges die beiden Führer der Innsbrucker Monarchisten Leitl und Peizer in Schutzhaft genommen worden.

Die Haltung der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente.

Aus Prag wird gemeldet: Ueber die Ministerpräsidenten am Sonntag wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es u. a. heißt: Am 23. Oktober fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der über die durch den wiederholten Umsturzversuch Karls von Habsburg in Ungarn hervorgerufenen Ereignisse verhandelte. Nach der Darlegung des Ministerpräsidenten Dr. Benes über den Stand der Ereignisse wurde bezüglich der Vorkehrungen, welche am Sonntagabend getroffen worden waren, festgestellt, daß alles Nötige zur Verteidigung der Interessen der Republik unverzüglich durchgeführt wurde. Das Einvernehmen zwischen den Mitgliedern der Kleinen Entente sei vollständig und die notwendigen Maßnahmen wurden gemeinsam getroffen. Ebenso ist für die weitere Aktion ein völlig einheitliches Vorgehen vorgesehen. Nach den diplomatischen Schritten am Sonntagabend werden weitere, insbesondere militärische Maßnahmen getroffen werden. Der Ministerrat hat beschlossen, daß alle notwendigen Maßnahmen zu einer Teilmobilisierung zu treffen seien. Die betreffenden Ministerien haben bereits ihre Vorbereitungen getroffen. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und die anderen Regierungen der Kleinen Entente sind entschlossen, alles zu tun, daß das habsburgische Problem endgültig erledigt wird. Ebenso ist die Regierung entschlossen, gemeinsam mit ihren Verbündeten für die unverzügliche Durchführung der Friedensverträge alles zu unternehmen.

Die tschechoslowakische Republik braucht nicht zu betonen, daß ihre Politik eine Politik des Friedens war und ist und dies insbesondere bezüglich Ungarns in vollem Maße bewiesen hat. Auch bei diesem Ereignis aber wird sie konsequent die Republik und die Demokratie verteidigen.

Was Belgrad wird berichtet, daß auf die Nachricht von der Rückkehr des Erzherzogs nach Ungarn der Ministerrat zusammentrat und beschloß, die dringenden Anordnungen zur Wahrung der nationalen Interessen zu treffen.

Die italienische Regierung hat die jugoslawische Regierung benachrichtigt, daß sie die Schrittzurück der jugoslawischen Regierung gegen das Unternehmen des Erzherzogs Karl unterstützen werde.

Obwohl die serbischen als auch die rumänischen und kroatischen Blätter in Belgrad wenden sich gegen das Unternehmen des Erzherzogs Karl und verlangen von ihren Regierungen schärfste Maßnahmen. „Jutro“ schreibt, durch das neue Unternehmen des Erzherzogs sei der Friede in Mitteleuropa schwer bedroht. Der Verzicht einer Kronbesetzung Erzherzogs Karl bilde eine Bedrohung der Völker, die sich eben erst ihre Freiheit erkämpft haben.

Eine Mitteilung des Schweizerischen Bundesrats.

Der Schweizerische Bundesrat veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung:

König Karl von Ungarn hat am Sonnabend den 22. Oktober 1921, dem Bundesrat schriftlich mitgeteilt, daß, wie er behauptet, seine ungarischen Getreuen ihn unter Darlegung schwerwiegender Gründe seiner eidschwörischen Pflicht gemäß aufgefordert haben, mit der Königin unverzüglich nach Ungarn zu kommen. Der König und die Königin haben am 20. Oktober gegen Mittag die Schweiz von Dübendorf aus in Begleitung von drei anderen Personen im Fluge verlassen. Der Bundesrat stellt bei diesem Anlaß erneut fest, daß der König sich am 18. Mai in Vertretenem verpflichtet hat, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten und dem politischen Departement von jeder beabsichtigten Abreise mindestens drei Tage vorher Kenntnis zu geben. Am 5. Oktober 1921 hat der König den Anlaß einer Ansprache benützt, um durch einen besonderen Beauftragten noch erklären zu lassen, er erachte sich durch die am 18. Mai 1921 ihm in Vertretenem unterbreiteten und von ihm angenommenen Bedingungen immer noch rückhaltlos gebunden. Der Bundesrat stellt sich deshalb zu seinem Behauern an der Festhaltung gezwungen, daß der König durch seine Handlungsweise das ihm gewährte Asyl mißbraucht und insbesondere sein Verbleiben in der Schweiz ohne die Schweiz ohne die ausbedingene Anzeige verlassen hat.

Gegen den Raub oberösterreichischen Landes.

Ausgangspunkt heimtückischer Überfälle in Berlin. Gegen den Raub uralten deutschen Landes und die Vergewaltigung unserer oberösterreichischen Brüder veranstalteten Sonntag nachmittags die Vereinten Verbände heimtückischer Oberösterreicher im Berliner Volkspark eine würdige und einflussreiche Kundgebung, an der trotz des kühnen Wetters viele Tausende deutscher Männer und Frauen teilnahmen. Am Rufein, vor dem Dom, am Denkmal Friedrich Wilhelm III. und am Schloß sammelten sich die aus allen Stadtteilen herbeigeströmten Gruppen mit weiß-geblauem Fahnen und Plakaten. Redner der Deutschen Nationalen Volkspartei (Dawerrens), der Deutschen Volkspartei (Marek), der Demokraten (Dietrich), desentrums (Parrer Wiska) und der Reichssozialisten (Karl) sowie führende Männer aus Oberösterreich hielten zündende Ansprachen, die mit brausenem Beifall aufgenommen wurden.

Zum Schluß der Kundgebung wurde folgende Resolution

Einmütig angenommen: Der Oberste Rat hat auf Grund des Völkerbunds-Entschens über Oberösterreich nicht in der Weise entschieden, wie wir es nach dem Ausfall der Volksabstimmung und dem Wortlaut des Friedensvertrages zu erwarten berechtigt waren. Es werden durch diesen Gewaltspruch große Teile unserer deutschen Oberösterreicher rein deutsche Städte und deutsche Industrien Polen zugesprochen. Oberösterreich, das durch deutsche Arbeit und deutsche Tüchtigkeit in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine Einheit bildet, wird durch einen willkürlichen Strich zerrissen. Sieht so das uns angehende Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus? Aberkennung von deutschen Beamten und Arbeitern werden durch den Nachspruch brodeln. Die Berliner Bevölkerung ist infolge des drohenden Kohlenmangels der Gefahr ausgesetzt, im kommenden Winter zu frieren und zu hungern. Trotzdem allein an Kohle 70 Prozent der oberösterreichischen Produktion entzogen werden, müssen die Kriegsentwicklungsleistungen an Geld und Schwermetallen ungehindert bestehen bleiben. Diese Zahlungsverpflichtungen können wir unmöglich halten. Das in Waffen starrende Frankreich hat blühende Industrien dem Militär verschlingenden Militarismus in Polen zugesprochen. Französischer Haß und polnische Götter haben deutsche Landesteile polnischer Verelendung ausgesetzt. Recht und Gerechtigkeit haben anscheinend aufgehört für uns Deutsche zu bestehen.

Ein Verweissungsschrei über die jeder Gerechtigkeit höhnernde Entscheidung über diese unerhörte Vergewaltigung eines Volkes, über den unerhörtesten aller Rechtsbrüche dringt aus Oberösterreich zu uns. Unsere oberösterreichischen Brüder und Schwestern, die der brutalen Fremdherrschaft ausgeliefert werden, sollen überzeugt sein, daß wir ihnen unverbrüchliche Treue bewahren. Wir bitten sie, den Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes festzuhalten und mit uns alle Kraft einzusetzen, auf daß der Tag erlaube, an welchem die Grenzpfähle fallen, die man jetzt künstlich zwischen uns und ihnen errichtet will. Wir weisen die von dem Obersten Rat getroffene Entscheidung über das Schicksal Oberösterreichs, als rechtswidrig und dem Friedensvertrag nicht entsprechend, zurück. Niemand können wir uns mit dem ungerechten Richterspruch von sieben und schließlich gestimmten Staatsvertretern einverstanden erklären, die Oberösterreich nicht im entferntesten kennen. Wir weisen diese Entscheidung zurück, weil sie ohne Mitarbeit der Vereinigten Staaten erfolgt ist, deren Grundbesitz in Bezug auf „Gerechtigkeit, Verständigung und Verbesserung“ für die Abstimmung in Oberösterreich maßgebend sein sollten. Niemand werden wir den Akt der Gewalt, niemals den gegen den Ausfall der Volksabstimmung getroffenen Spruch des Obersten Rates, der ohne Anhörung der oberösterreichischen Vertreter erfolgt ist, als Recht anerkennen. Wir werden nicht aufhören, auf Grund des uns feierlich verbrieften Selbstbestimmungsrechtes zu verlangen, daß die geräuberten Teile unserer oberösterreichischen Muttererde dem deutschen Vaterlande zurückgegeben werden. Wir verlangen von der deutschen Regierung, im Namen des deutschen Volkes bei dem Obersten Rat den stärksten Protest gegen diese Verletzung zu erheben, und gemahnen sie an ihre Pflicht, unsere deutschen Brüder und Schwestern in Oberösterreich, die jetzt wider jedes Recht zur polnischen Knechtschaft verurteilt worden sind, zu schützen und dafür zu sorgen, daß das geistige Band zwischen uns und ihnen nicht zerrissen werde.

Dann löste sich die Versammlung auf, und in einzelnen Gruppen marschierten die Teilnehmer unter Abführung vaterländischer Lieder nach ihren Sammelpunkten ab.

Rücktritt des Grafen Praschna.

Die „Oppelner Zeitung“ meldet: Wie wir erfahren, hat der deutsche Bevollmächtigte des Abstimmungsbezirks Oberösterreich, Graf Praschna, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates, sein Amt niedergelegt.

Die neue Steuerungsaktion der Beamten.

Eine Erklärung des Beamtenbundes. Vom Zeitungsblatt des Deutschen Beamtenbundes wird B. Z. B. geschrieben: Im Anschluß an die seitens der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes bereits vor geraumer Zeit wieder aufgenommene Fortführung der Steuerungsaktion sind in Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister, räumlich und zeitlich dringliche Vorkehrungen ergriffen worden wegen der unvermeidlichen Inanspruchnahme der sogenannten zweiten Gruppe der Steuerungsaktion für die Beamtenenschaft. Sollten die vom Deutschen Beamtenbunde zu fordernden grundsätzlichen Maßnahmen nachteilig Erhöhung der Grundgebühren, Befreiung der Crisistagen, spannung, Erhöhung der für die gering besoldeten Gruppen für weitere Vinsubjektoren, so müßte für die Beamtenenschaft

deren Bedenklichkeit durch die außerordentliche Teuerungsmasse auf Konsumstoffe gesteigert wird, die Anwendung außerordentlicher Hilfsmittel notwendig ist. Die endgültige Klärung dieser Fragen ist durch die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Verhandlungen zu erwarten.

Kein Streik der Lokomotivführer.

B. Z. B. meldet: Wie wir hören, hat die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer sich in letzter Stunde dazu entschlossen, von einem Eintritt in den Streik abzusehen. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gedanken abgelenkt.

Ein für den Streikfall verteilter Aufruf der Gewerkschaft sagt: „Lokomotivführer! Ist öffentliche Not!“ Gewiß ist bei der wachsenden Geldentwertung die wirtschaftliche Lage der Lokomotivführer schwerlich; aber die Not ist nicht nur auf dieser Beamtenklasse, sondern auf allen Beamten. Wie ein Mitglied der preussischen Regierung bereits bekannt gegeben hat, ist deshalb auch die Reichsregierung entschlossen, die Besoldungsverhältnisse aller Beamten zu verbessern. Die vorbereitenden Arbeiten stehen, wie wir hören, vor ihrem Abschluß.

Auslandsturm auf die deutsche Ware.

Während der letzten Wochen konnte man aus Wien erschreckende Berichte lesen, in denen geschildert wurde, in welchem ungeheuerlichem Maßstabe das Ausland den Tiefstand der österreichischen Krone zu Warenkäufen sich zu Ruhe machte. In Wien wurden ganze Geschäfte buchstäblich ausverkauft und die Bewegung griff auf die eigene Bevölkerung über. So daß sich eine wahre Kaufepidemie eingestellt, die die Preise wahnwitzig in die Höhe trieb und schon äußerlich durch lange Schlangen vor den Läden, die teilweise nur durch Polizeiaufgebot in Ordnung zu halten waren, sich äußerten. Unter dem Einfluß des letzten großen Marktes, der nach leichtem Rückschlag am Sonnabend eine neue Fortsetzung gefunden hat, scheinen sich ähnliche Verhältnisse jetzt auch in Deutschland herauszubilden zu wollen. Der Kölner Oberbürgermeister hat sich telegraphisch an den Reichswirtschaftsminister gewendet und ihm mitgeteilt, daß Scharen von Ausländern die Geschäfte völlig leer kaufen, und daß die Bevölkerung, ohnehin schon durch den Kartoffelmangel gequält, in eine höchst beunruhigende Stimmung gerate. Er schlägt Verschärfungen der Ausfuhrverbote und stärkeren Polizeiaufsichtungen der Grenze vor. Auch in Berlin sind gleich traurige Zustände zu konstatieren. Namentlich in der Textilbranche, die ohnedies schon unter dem Warenmangel leidet, ist eine Nachfrage des Auslandes zu konstatieren, die sich buchstäblich auf den letzten Meter Stoff und das letzte Maßstück erstreckt. Ähnliches meldet man aus dem Schuhgewerbe, wo einige Geschäfte dazu übergegangen sind, überhaupt nur noch auf Aufträge von Privatkunden zu reagieren. Bei weiterer Fortdauer dieser Situation ist eine schwere Zerrüttung des heimischen Marktes nicht nur unbesorg auf die Preise, sondern auch infolge auf die zur Verfügung stehenden Mengen unausweichlich. Die deutsche Öffentlichkeit wird sich also dem Ersuchen des Kölner Oberbürgermeisters um scharfe Eingriffe ohne jeden Vorbehalt anschließen.

Sturmschäden.

Der von Hamburg Sonntag um 12 Uhr mittags abgefahrene D. Zug, der in Berlin auf dem Reichert Bahnhof um 5.20 Uhr eintrafen soll, kam erst nach Mitternacht in Berlin an. In der Gegend von Gengenot waren durch den Sturm entwurzelte Bäume über die Geleise geworfen. Auch wurden durch den Sturmwind die Drahtleitungen zertrümmert, so daß von der Strecke keine Mitteilung zu erhalten war.

Auch in Berlin wurden durch den Sturm mehrere Schäden angerichtet. In einigen Straßen wurden die Bäume der Häuser abgebrochen. Im Tiergarten und im Grunewald wurden zahlreiche Bäume entwurzelt.

Aus Ralmö wird gemeldet: Infolge eines starken Schneesturmes ist die Drahtverbindung mit ganz Mittel- und Nord-Schweden unterbrochen.

Verloren von armen Deuten ein Portemonnaie enthaltend Bogenlohn und eine Fahrkarte. Bitte gegen Belohnung abzugeben. T. Z. B. 1121.

Klammer in Etui verloren. Bauferber. - Jahnshausen. Gegen Belohnung abzugeben. Bismarckstr. 6, 2.

Junge Frau sucht Beschäftigung f. halbe Tage. Offerten um 8 Q 7948 an das Tagesblatt Niefa.

Sie haben ein Recht

und den Anspruch auf pünktliche Zustellung des Niefaer Tagesblattes - aber nur dann, wenn Sie rechtzeitig den Bezug erneuert haben. Vergessen Sie daher nicht auf Monat November (M. 6.) ohne Zustellungsgebühr sofort beim Hofamt, dem Zeitungsträger oder der Geschäftsstelle des N. Z. (Goethestraße 69) zur Vermittlung an die Zeitungsträger

das Niefaer Tagesblatt zu bestellen.



„Du Fräulein, wie hast dich denn gestern gefühlt im Schützenhaus? - Ausgesehen, Oskar! Ich gehe heute abend gleich nochmal, da ich von 10 Uhr an Damenwahl! - „Du, du kommst natürlich auch mit!“